

Bauernverband gegen Variante 1 der Limburger Südumgehung

Neue Straße = weniger Brot



Die Straße führt durch das Getreidefeld. Das geht nur in einer Fotomontage. Tatsächlich muss das Feld der Straße weichen, sofern eine gebaut wird. Beim Bau der Südumgehung gehen über 25 Hektar beste landwirtschaftliche Flächen verloren. Das ist für den Bauernverband zu viel.

Limburg. Wenn die Südumgehung mit der Variante 1 gebaut wird, dann heißt das rund 230000 Brote weniger in Jahr. Diese Rechnung macht der Kreisbauernverband auf. Nach seiner Einschätzung sollte, wenn eine Umgehung gebaut wird, die so genannte Altrasse bevorzugt werden. Dort ist der Verbrauch an landwirtschaftlichen Flächen deutlich niedriger. Für den Verein „Keine Südumgehung Limburg“ führt die neue Straße mit ihrer über 300 Meter langen Brücke durch das Kasselbachtal zu einer nicht zumutbaren Belastung an den dort stehenden Schulen und der Lebenshilfe. Kommt die Straße in der Variante 1 wie bisher diskutiert und vorgestellt, dann kann die Albert-Schweitzer-Schule dort nicht weiter bestehen bleiben, so Schulleiter Franz Hirth.

Mehr als 25 Hektar beste landwirtschaftliche Nutzfläche gehen verloren, wenn die Südumgehung

in den Varianten 1 oder 1a verwirklicht werden soll. Aus landwirtschaftlicher Sicht ist für den Bauernverband eine Umgehung auf der Altrasse deutlich sinnvoller. Sie ist die Trasse mit dem geringsten Flächenverbrauch. „Die Variante 2 war schon seit Jahrzehnten für die Umgehung vorgesehen und auch für diesen Zweck freigehalten“, heißt es in einer Stellungnahme des Verbands, der sich im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange ebenso geäußert hat.

Der Bauernverband weist darauf hin, dass auf einem Hektar Fläche pro Jahr zwischen 70 und 100 Doppelzentner Weizen geerntet werden. Die Mehlausbeute beträgt 34 Kilogramm pro Zentner. Aus 100 Kilogramm Mehl werden rund 160 Weißbrote, rechnet der Bauernverband vor. Bei 25 Hektar müsste somit auf 190400 bis 272000 Brote verzichtet werden.

Wie der Verband weiter mitteilt,

wird der Wegfall der landwirtschaftlichen Flächen die Existenz einiger Betriebe massiv gefährden, denn Ersatzflächen stehen zum Ausgleich nicht zur Verfügung. Auch verhindere das Straßenbauprojekt eine geplante Umstellung auf ökologischen Landbau. Weiterhin komme erschwerend hinzu, dass die verbleibenden Flächen mit den schweren landwirtschaftlichen Maschinen nur zu erreichen sind, wenn entsprechende Brücken zur Verfügung stehen. Dies sei bei der bisher vorliegenden Planung jedoch noch nicht berücksichtigt.

Nach Einschätzung des Bauernverbands ist es notwendig, möglichst sparsam mit wertvollem Ackerland umzugehen. Dies nicht nur mit Blick auf die lokale oder regionale Versorgung, sondern auch in Bezug auf die Sicherstellung der Ernährung der Weltbevölkerung. Stehen mehrere Trassen für den Bau von Entlastungsstraßen

zur Verfügung, sollte grundsätzlich die mit dem geringsten Flächenverbrauch ausgewählt werden. Deshalb scheidet für den Kreisbauernverband die Variante 3 mit einer großen Schleife um Linter herum von vornherein aus.

Für den Verein „Keine Südumgehung Limburg“ gefährdet das Straßenprojekt die Existenz der Albert-Schweitzer-Schule, der Astrid-Lindgren-Schule und der Lebenshilfe. Lärm und Abgase von täglich 23000 Autos seien eine nicht zumutbare Belastung. Nach Einschätzung von Franz Hirth, Leiter der Albert-Schweitzer-Schule, kann die Straße so kommt, wie sie bisher vorgesehen ist. Luise Konrad, Leiterin der benachbarten Astrid-Lindgren-Schule, fürchtet massive Auswirkungen durch das Straßenbauprojekt. Nach Einschätzung des Vereins werden gesellschaftlich wichtige Einrichtungen bewusst in

der Entscheidungsfindung ausgeklammert.

Bisher sind in den Planungen nur die Baukosten sowie der notwendige Flächenankauf berücksichtigt. Die Variante 1 schlägt dabei mit 40 Millionen Euro zu Buche, die Variante 1a mit einem etwas größeren Abstand zur Wohnbebauung Blumenrod ist mit 47 Millionen Euro beziffert und die Variante 2 (Altrasse) mit der Einhausung und Tunnel wird mit Baukosten in Höhe von 55 Millionen Euro angegeben. Nach Informationen der NNP wird im Rahmen der noch laufenden Planungen geprüft, ob die Trasse der Varianten 1/1a mit einer größeren Entfernung zu den Schulen geführt werden kann. Im Herbst will das Amt für Straßen- und Verkehrswesen eine Variante vorschlagen, die dem Bundesverkehrsministerium gemeldet wird und deren Realisierung dann weiter verfolgt werden soll. (jl)